

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 11 (1897)

190 (17.8.1897)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-261265](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-261265)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat (inkl. Bringerlohn) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5290) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., monatlich 70 Pfg. zzgl. Beleggeld.

Redaktion und Expedition:
Sant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon - Anschluss Nr. 58.

Inserate werden die fünfgepaltenen Corpusspaltel oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwermere Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 190.

Bant, Dienstag den 17. August 1897.

11. Jahrgang.

Parteiengenossen!

Sant Beschluss des vorjährigen Parteitages findet der diesjährige in Hamburg statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Parteiorganisation beruht die Parteileitung hiermit in diesjährigen Parteitags auf

Sonntag den 3. Oktober

nach Hamburg in das Etablissement „Tätig“, Valentinsplatz, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgelegt: Sonntag den 3. Oktober, Abends 7 Uhr: Vorversammlung, Festlegung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

- Montag den 4. Oktober und die folg. Tage: 1. Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses. Berichterstatter: A. Gerlich und W. Pfannkuch.
- 2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: S. Weiker.
- 3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: M. Schippel.
- 4. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Berichterstatter: A. Deibel.
- 5. Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Berichterstatter: J. Auer.
- 6. Die Waiseier 1898. Berichterstatter: S. Förster.
- 7. Bericht über den Arbeiterkongress in Zürich. Berichterstatter: S. Moltenbühr.
- 8. Organisation. Berichterstatter: J. Auer.
- 9. Anträge zum Programm u. zur Organisation.
- 10. Sonstige Anträge.

Parteiengenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegierten und die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge müssen spätestens am 17. September in Händen des geschäftsführenden Ausschusses, Adresse

W. Pfannkuch,

Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstraße 4, I, sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Parteiorganisation in „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitags Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteiengenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

G. Blume,

Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10, II.

Die Parteiengenossen, die zum Parteitags kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem geschäftsführenden Ausschuss und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit dieses in Bezug auf Quartiere etc. die notwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare, mit deren Beferdigung Mitte September begonnen wird, sind durch das Bureau des geschäftsführenden Ausschusses, Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4, I, zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, das etwaige, den Anträgen beigegebene Notize weder im „Vorwärts“ noch in der dem Parteitags vorzuliegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitags entweder persönlich zu vertreten oder durch befugte Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitags in der Parteipresse zu erörtern. Die Notize über die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und um der damit verknüpften unermesslichen Wiederholungen willen.

Hamburg, den 14. August 1897.

Mit sozialdemokratischem Gruß: Der geschäftsführende Ausschuss.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Wer wird Nachfolger des Herrn Reichsgraf? Wie der „Kölnener Volksz.“ aus Berlin geschrieben wird, soll Herr v. Bülow sehr wenig Lust haben, das Staatssekretariat des Auswärtigen an Stelle des Herrn v. Marischal, dauernd zu übernehmen, er soll sich vielmehr noch immer mit der Hoffnung tragen, nach der Stellvertretung auf seinen römischen Posten zurückkehren zu dürfen. Für den Reichsanzersposten kommt Herr v. Bülow gar nicht in Betracht. Die Berufung desselben nach Berlin erfolgte auf Wunsch des Fürsten Hohenlohe, während die Wahl des Kaisers auf einen Diplomaten gefallen war, der sich regelmäßig im kaiserlichen Gefolge auf der Nordlandreise befindet. (Graf Philipp Eulenburg in Wien oder Herr Riederlein-Wächter in Kopenhagen?) Der Kaiser willfahrte aber gern dem Wunsche des Reichsanzlers. In Anbetracht der Abneigung des Herrn v. Bülow gegen einen Eintritt in die Berliner Regierung kann man die Frage aufwerfen: Wer wird Nachfolger des Herrn v. Marischal oder lehrt dieser etwa gegen alle Erwartung nach Ablauf seines Urlaubs an die Spitze des Auswärtigen Amtes zurück?

Gegen die Sozialdemokratie erläßt der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes folgende Erklärung:

„Durch die Tagessetzungen ist in letzter Zeit mehrfach die Kritik gegangen, daß in den Kriegervereinen Vorkommnisse der bürgerlichen Mitglieder, welche dem Verein nicht angehören, von den Großgrundbesitzern scharf behandelt würden, und daß deshalb diese aus den Kriegervereinen ausgetreten seien. Wir sind dem mit der Erklärung entgegengetreten, daß nach unseren Ermittlungen zwischen beiden Theilen das beste Einvernehmen herrsche, und haben hierbei selbstverständlich die Vereine des Deutschen Kriegerbundes im Auge gehabt. Wenn nun nacheinander in der Tagespresse diese unsere Erklärung beanstandet wird und wenn Vorfälle in bestimmten Vereinen hierfür angeführt werden, so erklären wir hiermit, daß diese Vereine nicht zum Deutschen Kriegerbunde gehören, und das ihr Verhalten keine Rückschlüsse auf das deutsche Kriegervereinswesen zuläßt. Diejenigen Kriegervereine, welche sich den Verbänden ihres Landes nicht angeschlossen haben, haben keinen Anteil am deutschen Kriegervereinswesen und seinen Bestrebungen. Die Vereine des Deutschen Kriegerbundes wie aller anderen deutschen Kriegervereine besinnen sich nicht mit Parteipolitik; in ihnen ist Keim und Maß Raum für alle monarchisch Gesinnten, welche bürgerlicher Partei sie auch angehören; die Vereine der organisierten Kriegerverbände haben nur einen Gegner zu bekämpfen, die Sozialdemokratie, und sie sind von den Deutschen Kriegervereinen nicht als politische Partei angesehen, weil ihre Bestrebungen auf Befestigung des monarchischen Staates und der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtet sind. Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes, v. Spig, General der Infanterie 1. D. Vorländer.“

Die Sozialdemokratie nimmt derartige Mafe mit heiterem Lächeln auf. Der vorliegende Mafe des Herrn v. Spig ist ein echtes Meisterstück der Logik und Wahrhaftigkeit. Man merke: die Kriegervereine „befassen sich nicht mit Parteipolitik“; sie haben nur einen Gegner, die Sozialdemokratie, zu bekämpfen, aber die wird von ihnen „nicht als politische Partei angesehen“, ergo ist es richtig, daß die Kriegervereine sich nicht mit Politik befassen. Ein netter Witz, Herr v. Spig. Glaubt derselbe vielleicht, mit dieser Darlegung zugleich den Zweck verbunden zu können, die Behauptung, daß die Kriegervereine politische Vereine sind und deshalb dem Vereinseigetz unterliegen, zu entkräften? Uebrigens ist es unmaß, daß diese Vereine sich nur gegen die Sozialdemokratie richten. Nichts leichter, als an der Hand zahlreicher Thatfachen diese Unwahrheit festzustellen. So können wir aus den Akten der Wahlprüfungskommission des Reichstages nachweisen, daß Kriegervereine auch andere mißliebige oppositionelle Parteien bekämpfen haben, insbesondere auch den Freisinn, die bürgerliche Demokratie, die Polen, das Zentrum. Die kriegervereinliche Wahlkampftaktik hat sogar schon beigetragen zur Ungültigkeitserklärung sogenannter „patriotischer“ Wahlen.

„Sei unterthan der Obrigkeit“, dies ist das

vornehmste Gebot für einen Gottesmann von heutzutage. Wer sich dagegen verbeugt, der wird unnachlässig „diszipliniert“, wie es dem Pastor Köpcke in Sangerhausen ergangen ist, der sich gegen des Königs Stumm Majestät veranlassen, nicht bedenkend, daß der vielvermögende Herrscher von Saarabien zwar nicht öffentlich bestrafe, aber doch thatsächliche „Obrigkeit“ im Deutschen Reich ist. Pastor Köpcke ist um Amt und Brot gekommen; aber damit nicht genug; jetzt hat er auch noch vom Magdeburger Konfistorium eine Vorladung erhalten, um sich in einer „sozialdemokratischen Angelegenheit“ zu verantworten. So meldet die „Thüringer Tribüne“. Wenn die Nachricht wahr ist, so kann man gespannt sein, warum es sich handelt. — Weiter ist folgendes Sätzchen, das zeigt, wie offen die geistlichen Behörden die Suprematie hochgeborener Regierungsbeamten anerkennen. Die Kreisynode Gladenbach beschloß 1896 auf Antrag des Pfarrers Groß-Hartenrod: Kreisynode Gladenbach nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß der höchste Beamte unseres Bezirks, Herr Regierungspräsident von Tepper-Waldt, am Pfingstfest dieses Jahres im Laute zwischen Battenfeld und Dödenau gejaht hat. Sie tadelt dies um so ernster, als die Kreisynode Biedenlopf um unsere Bezirksynode sich schon voriges Jahr gegen die gleiche Pfingstheiligung des genannten Herrn werden mußten. Die Wiederholung desselben Vergehens müssen wir für eine bewußte Verachtung der öffentlichen Meinung betrachten. Am 4. August ist von dem Kgl. Konfistorium in Wiesbaden nachstehender Bescheid der Synode zu Gladenbach auf ihren vorjährigen Beschluß erteilt worden: „Auf die von Pfarrer Groß eingebrachte Resolution der Synode gegen den Herrn Regierungspräsidenten bemerken wir, daß im dortigen Kreise die Ausübung der Jagd an Sonn- und Festtagen nicht durchaus unterliegt, sondern nur die Jagd mit Treibern vor beendigtet Nachmittagsgottesdienst. Hiermit ist die Sache für uns erledigt. Im Uebrigem müssen wir es ernstlich tadeln, daß die Synode in einer das Maß der sachlichen Kritik hinausgehenden ungebührlichen Weise die Handlung des ersten Beamten unseres Bezirks einer Beurteilung unterzogen hat.“ — Wir glauben zwar, einmal irgendwo in der Bibel gelesen zu haben, man müsse Gott mehr dienen als den Menschen. Für protestantische Theologen scheint aber der Satz nicht zu bestehen. Für einen Ungläubigen ist das Duden der patentierten Gottesmänner

Wahn und Wirklichkeit.

80] Roman von W. Höfer (E. Höferhöfer). Nachdruck verboten. „Nenne mir das Mädchen, das dem Geliebten von ihrer ersten Neigung sprechen mag.“ „Nennen Sie mir eine Zweite, die reich an Erfahrung wie Sie!“

„Zeige mir einen Zweiten, den die Eifersucht so verblende, daß er die einfachste und natürlichste Erklärung nicht gelten lassen will.“ Die Sie sehr gewandt erfaßten! rief er mit schneidendem Dohn. „In einem Roman wirkt dergleichen und nimmt sich rührend aus; schreiben Sie einen solchen. Auch in Ihr Talent für die Bühne unerschöpfbar. Gehen Sie auf die Bretter, und man wird Ihnen Beifall flatzen. — Für mich aber genug der Post! — Vorbei, vorbei!“ Er rief es in großem, werblichem Tone. Dann verließ er das Gemach. Die Thür schloß ins Schloß, als sei der Vorhang gefallen, die Komödie zu Ende gespielt.

Und wieder allein, fast Rache erschöpft zusammen. Die Rache ihrer Wangen war wieder der Blässe gewichen, und ein Gefühl tiefer Ermattung kam über sie. Es war ihr wirklich in diesem Moment, als hätte sie auf den Brettern gestanden und Komödie gespielt; nur flüchtig Niemand, denn das Spiel war ihr nicht gelungen, sie hatte es verloren — für immer! Schaffer's Liebe in vollem Maße wieder zu gewinnen, das war ihr Ziel gewesen. Doch hatte er diese Hoffnung vernichtet, und gleich

auf dem Wege zum Schloße, an Romberg's Seite, hing sie dem qualenden Gedanken nach, wie dieser zu beknäuflich und ans Neue zu umgarnen sei. Gänzlich von ihm aufgegeben, würde sie ihrem früheren Besatz der Armut und Abhängigkeit wieder anheimgelassen sein. Daher mußte sie Alles daran setzen, ihn wieder an sich zu fesseln, den reich sein und herrschen war das Endziel ihres Strebens.

In der Stille ihres Zimmers reiste der Plan, das Märlein von der Prüfung zu erlösen. Dieses und der nie versagende Eindruck ihrer Schönheit, wie ein Bild in den Spiegel sie lehnte, würde ihr einen Triumph bereiten. Doch ach, der Plan erwies sich schlecht, der Bau zerfiel. Statt das Märlein zu glauben und bereuend, die Eifersucht verwinschend, zu ihren Füßen zu sinken — ging Hermann für immer von dannen, und was ihr blieb, grinte sie aus allen Ecken und Winkeln an: Armut und Abhängigkeit!

Das war ihr Loos, dessen sie mit Grauen gedachte. Wieder hinaus in die Welt, ein neues Obdach suchen und um Lohn dienen im fremden Sold. — Oder sollte sie zur Mutter zurückkehren, um mit ihr die sarge Kost zu theilen? Aus allen Ecken und Winkeln grinte sie wieder die Armut an.

Fester in ihr Tuch gehüllt, die Augen geschlossen, lag sie wie erlarrt im Sessel. Da standen die Mauern, die Wände, der Preis. Sie aber glaubte, Alles sei geboren, geäußt, gepregelt — Trümmer ringsumher.

Neuntes Kapitel.

Räthe wurde nun in der That krank. Vom Fieber befallen, sank sie auf Bett. Helene und Anna wollten sich häufig zeigen, ihr am Tage diesem erweisen, die Nächte abwechselnd an ihrem Lager weilen. Doch schloß wies sie Beide, besonders Helene zurück, da sich ihr Haß gegen diese nur noch gesteigert hatte.

Die Einsige, die das Zimmer betreten durfte, war die Haushälterin. Auf deren Bitte ließ es Räthe denn auch geschehen, daß eine der Mägde in ihrer Nähe schlief. Wenn nur Romberg nicht käme, um als Arzt nach der Kranken zu sehen! Auch sah sie ihn nie, denn nur in Nacht, wenn ihm die Mägd berichtet, daß sie eingeschlafen sei, kam er an ihr Lager, horchte auf ihren Athem, erteilte Anordnungen für den nächsten Tag und genigte so der ärztlichen Pflicht.

Wie war er froh, daß sein Verhältnis zu Räthe geheim geblieben war! Auf Schaffer's Verzichtverzicht konnte er bauen, und leichter als er wollte, kam er nun darüber hinweg, da ihn mittelbare Wege oder gar theilmehrende Worte nicht peinigen konnten. Natürlich schmezte auch Jeder schon aus Jartgefühl. Gewisse Beziehungen zwischen ihm und Räthe waren zwar Keinem entgangen, und daß nun plötzlich irgend eine Störung, vielleicht gar ein Bruch entstanden, war Jedem ohne sonderlichen Scharfblick ebenfalls klar.

Um Romberg in jeder Weise zu schonen, ward Käthe's Name und ihre Erkrankung am Theatrische nie erwähnt. Ihn heiterer zu stimmen,

waren Helene und Anna in wahren Beistand bemüht. Dennoch suchte er sein Zimmer jetzt früher als gewöhnlich auf. Er schügte dann Arbeiten oder seine Sorgen um die Zukunft der Weber vor; in Wahrheit harrete er auf die Mägd, die ihm Meldung machte, sobald Käthe eingeschlafen war.

Nach einer Woche war das Fieber ganz geschwunden. Die heimlichen Besuche hörten auf, und als die Mägd mit der Nachricht kam, das Fräulein wünicke abzureisen, erklärte Romberg, daß diesem Verlangen Nichts entgegen stehe. Fast zugleich erschien ein Bote aus Langenau. Er brachte einen Brief von dem dortigen Arzte, der Romberg und seine Dausgenossen um Erwidrerung des Besuchs bat. Es war eine Einladung noch für denselben Tag, und Romberg wies diese günstige Gelegenheit, die ihn von Altrode entfernen und Käthe die Abreise erleichtern würde.

Sollte ihr einer der Schloßbesitzer dabei behilflich sein? Besser noch, dachte sich Romberg, ein gänzlich fremder leitet ihr Dienste, damit jede Gelegenheit zu irgend einer Vermittlung vermieden werde. Er kann über eine geeignete Persönlichkeit nach, und seine Wahl fiel auf Brandt, den er rufen ließ.

Der Weber konnte glauben, daß der Herr Doktor über seine Eingabe, und die darauf erteilte Antwort mit ihm reden wollte; vielleicht hoffte er auch, Romberg hätte sich inzwischen beionnen und wäre jetzt zu günstigerem Bescheide geneigt.

(Fortsetzung folgt)

unter die Banner der Gewaltigen dieser Erde aber ein köstliches Schauspiel.

Die Hallen des Gotthard Landtages sind geschlossen, nachdem noch am letzten Tage eine heftige Debatte über den Wildbrand stattfand. Die Gemessen Vot und Wolf gestellten die Verhältnisse, die durch den ungeheuren Hochwildbrand herbeigeführt worden sind, auf das schärfste, dem Antrag wurde über diesen Punkt ungeschwächt die Wahrheit gesagt. Der Landtag stand in diesem Punkte zusammen wie ein Mann. Die von der Rechts- und Finanzkommission gefasste Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Kampf ist dadurch nicht beendet, sondern nur verschoben. Die sozialdemokratische Fraktion kann auf ihre Tätigkeit in der Session mit Befriedigung zurückblicken. Angenommen wurden folgende Anträge von ihr: Einführung zweijähriger Etatsperioden; eigenes Fabrikinspektorat; Jntiruktion des Bundesratsvertreter, dem Vereins-Vorstandes zuzustimmen; Errichtung eines Landkranenbundes; Einführung von sieben Vollsorstellungen im Hoftheater an Sonntag-Nachmittagen.

Das Landgericht in Erfurt verurtheilt eine Mutter, der angeklagt war, zwei hochgenoffen durch Anbröderung einer Körperverletzung zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt zu haben, zu zwei Wochen Gefängnis. In der Urtheilsbegründung billigte ihm aber das Gericht unbedingt das Recht zu, seine hochgenoffen zur Arbeitsniederlegung zu überreden, denn dabei handle er lediglich in Wahrnehmung berechtigter Interessen. — Dieses Urtheil steht zu denen mancher anderen deutschen Gerichte, die gegenwärtig die Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung mit geradezu barbarischen Strafen ahnden, in bemerkenswerthem Gegensatz.

„Weiter nichts?“ Ein interessanter Brief wird, nach der „Frankf. Ztg.“, von dem Eisenbahnminister auf eine Petition eingegangen. Der Magistrat von Erfurt hatte sich mit einem Gesuch an den Eisenbahnminister gewandt, in dem um Herstellung direkter Verbindungen Erfurts mit dem Norden und Süden, sowie um direkte Güterbeförderung u. A. m. gebeten wurde. Wie der „Zö. Ztg.“ nun zuverlässig mitgeteilt wird, ist die Petition mit dem eigenhändigen Vermerk des Ministers: „Weiter nichts?“ an die Eisenbahndirektion in Erfurt zurückgelangt. Die Berliner „Volkszeitung“ bemerkt dazu ironisch: Herr v. Thielen geht zu den Ministern, die auf eine Verminderung des Schienenverkehrs und auf eine Verkürzung des sehr langen Karawanzwegs hinwirken. Das ist bankrott. Ist eine wohlthätigste Absehung mit allerlei glatten Phrasen etwa weniger empfindlich für die Petenten? Warum überläßt sie Umschweife, wenn es lediglich darauf ankommt, daß der Petent vor Allem nur das „Nein“ hört? Wir sind der Meinung, daß die erteilte lakonische Kürze der Thielen'schen Antwort noch viel zu selten in der Amtssprache vorkommt. Wenn J. B. der Verein „Johannitarif“ um Verschärfung der Gewerbeordnung der sogenannten Schnellzüge vorstellig wird, wie schon und drastisch wäre die Antwort: „Sonderbare Schwärmer!“ Oder wenn gemeindliche Interessenten um Herabsetzung der Frachttarife petitioniren, wie kipp und klar wäre der Bescheid: „Komische Leute!“ Oder wenn die rheinischen und oberelbischen Kohlenproduzenten bei dem bekannnten Wagenmangel um schleunige Abhilfe bitten, wie gewonnen deutlich wäre die knappe Antwort: „Nanu?“ Anderer häßlichen Wendungen, wie „Du ahnst es nicht!“ oder „Ich habe lange nicht so gelacht!“ u. s. nicht zu gedenken.

Ein kleiner Schritt zum Besseren ist in Elsaß-Vohringen gemacht worden. Durch eine amtliche Verfügung wird angeordnet, daß vom 1. Oktober d. J. an in den Oberstufen der in französischen Sprachgebiete liegenden Schulen wöchentlich zwei Stunden französischer Unterricht zu erteilen sind. Damit ist mit einem System des kurzfristigen Nationalismus gebrochen worden, durch welches jeder französische Unterricht aus den Volksschulen verbannt worden war. Wenn man bedenkt, daß die französische Sprache in ausgedehnten Gebieten der Reichslande Mutterprache ist und dort ausschließlich gesprochen wird, so ist leicht einzusehen, daß es sich in dieser Frage nicht um einseitig nationale, sondern um wesentlich ökonomische Faktoren handelt, da jeder Geschäftsmann und Handwerkermann, der einigermaßen fortkommen will, in Schrift und Sprache das Französische beherrschen muß. Immerhin kann das obige Zugeständnis der Regierung nur als eine bescheidene Abföhlagszahlung an die Forderung der Gleichberechtigung des französischen Sprachunterrichts mit dem deutschen angesehen werden.

Franreich.
Aus Frankreich ausgewiesen wurden zwei spanische Flüchtlinge, nämlich Tarrida del Marzol und Planas. Beide sind Rechts an die Grenze befördert worden, und zwar Erstere an die belgische, Letztere nach Havre, von wo aus er mit dem ersten Schiff nach Newyork abgehen soll. Bemerkenswert ist — so schreibt die „Petite Rep.“ — daß Tarrida del Marzol stets gegen die Verweisung als Anarchist protestirt hat. Gelegentlich verschiedener Interviews, welche auch in der Pariser Presse publizirt worden, hat

er ganz ausdrücklich die Propaganda der That mißbilligt. Gegen Planas wird überhaupt nur der eine Vorwurf erhoben, daß er sich zur Zeit der Hinrichtung der Anarchisten und der blutigen Gemeinnützige Montjuich in Barcelona befand. — Senkrecht nennt die „Petite Rep.“ die französischen Minister, welche diese Ausweisung anordneten. Was speziell den Minister Barthou betrifft, so ist für ihn die Sache um so schlimmer, als Tarrida del Marzol sein Studienfreund war.

Spanien.

Das Begräbniß Canovas hat unter dem üblichen militärischen Gepränge am 13. August in Madrid stattgefunden. Im Anschluß an diese Madrider Meldung heißt es: Der Generalstaatsanwalt wird morgen eine Verordnung bekannt geben, durch die verboten wird, Nachrichten über Anarchisten, die vor Gericht gestellt sind, zu veröffentlichen, weil trotz des besten Willens des Autors solche Veröffentlichungen zur Verherrlichung von Verbrechen dienen. — Eine Aeußerung des bösen Geistes!

In den Vergängen in Spanien wird der „Int. Corr.“ von spanischer Seite geschrieben: Der Ministerpräsident hatte während der letzten Monate eine Haltung an den Tag gelegt, welche selbst seine nächsten Freunde übertraf. Das Verhalten gegenüber den Anarchisten, von denen er 150 Personen, trotzdem ihnen die Gerichte nicht einmal eine Theilnahme an öffentlichen Agitationen nachweisen konnten, lediglich ihrer verdächtigen Stimmung wegen zur dauernden Verbannung aus dem Vaterlande verurtheilten ließ, fand sogar in konservativen Blättern eine ungünstige Aufnahme. Die konservativen Dissidenten unter Silveo, sowie mehrere sonst durchaus auf Seiten der Regierung stehende Rechtslehrer erklärten diese Bekrafung der Anarchisten, von denen die Mehrzahl überhaupt gegen ihre Charakterisirung als Anhänger einer Unstabilität protestirten, als die Aufhebung jeder Rechtsmacht es auch, daß das Bittgesuch, welches die Berufungen aus dem Fort Montjuich an die Königin-Regentin abgehandelt hatten, von Canovas in einer gerade unbegreiflichen Weise beantwortet wurde. Er ließ nämlich den Absendern des Gesuches sagen, sie möchten dafür sorgen, daß sie sich bald die Mittel zur Abreise ins Ausland beschaffen, sonst müßte er sie nach dem Rio de Oro (einer vollstündigen Sandwüste an der Nordwestküste Afrikas) bringen lassen. — Koch unverständlich aber war die Haltung Canovas' gegenüber der sozialdemokratischen Partei, welche in Spanien in einem scharfen Gegensatz zu den Anarchisten steht. In mehreren Städten des baskischen Grenzgebietes waren von den Arbeitern Sozialisten zu Gemeindevorstellern gewählt. Als dieselben jedoch an den Verhandlungen des Gemeinrates theilnehmen wollten, wurden ihnen durch die Polizeibehörden schriftliche Befehle eingehändigt, monach sie durch königliche Verordnung ihres Amtes als Gemeindevorsetzer für verlißlich erklärt wurden. Daraufhin entfiel eine heftige Protestbewegung der Arbeiterschaft aller Städte Spaniens, die auch von liberalen und gemäßigtkonservativen Politikern offen unterstützt wurde. Canovas erklärte jedoch, er werde niemals zulassen, daß Sozialisten oder Anarchisten unter Benutzung des allgemeinen Wahlrechts als Abgeordnete in die Retretionskörper des Landes oder die Gemeinden eintreten. Auf die Erneuerung der angeführten Blätter, daß er, Canovas, ja das allgemeine Wahlrecht in Spanien eingeführt habe, er also selbst die von ihm geschaffene Verfassung gestürzt, antwortete der Ministerpräsident gar nicht. Und als noch Tage vor seinem Tode aus den verschiedensten Städten Nordspaniens gegen 500 Sozialdemokraten in San Sebastian eintrafen, um unter der Leitung des bekannnten Parteiführers Iglesias in der spanischen Sommerreise eine große Rundgebung gegen diese Entziehung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu veranstalten, zeigte Canovas dieselbe Haltung. Er ließ die Sozialisten durch ein Massenangebot von Polizeigen und Schutzmannschaften umgeben und besuchte selbst während der Rundgebung ein Koncert. Als dann eine Anordnung der Sozialisten erschien und die Aufhebung der Versammlung um eine Unterbrechung mit dem Ministerpräsidenten ersuchte, wies dieser die Entsendeten mit den Worten zurück, seine Zeit sei zu kostbar, um sie in überflüssigen Internationalen mit Sozialisten zu verbringen.

Amerika.

Arbeiterschutzelegungen - Humburg. Der arge Humburg, der in den Vereinigten Staaten mit der sogenannten „Arbeiterschutzelegungen“ getrieben wird, fällt so recht in die Augen beim Lesen eines Artikels in der Juli-Nummer des „Labor Bulletin“, der von dem Bureau für Arbeitstatistik von Massachusetts veröffentlicht wird, und der u. A. die Bestimmungen erwähnt, die in den verschiedensten Staaten eine Feststellung der gesetzlichen Arbeitszeit vorsehen. Die nämliche besteht in Georgia der elfstündige gesetzliche Arbeitstag. In Kalifornien, Colorado, Connecticut, Wisconsin, Missouri, Pennsylvania, Ohio, New-York, New-Jersey, Idaho, Illinois, Indiana und Wyoming besteht „gesetzlich“ der Achtstundentag, mit gewissen Einschränkungen und Ausnahmen. Maryland hat ein Aunfünftundengefetz. Ein gesetzlicher Zehnstunden-Arbeitstag besteht in Florida, Maine, Michigan, Minnesota, Nebraska, New-Hampshire und Rhode Island und in Minnesota

ist es jeder Person unter 14 Jahren verboten, mehr als 10 Stunden täglich zu arbeiten. In Massachusetts ist der Aunfünftunden-Arbeitstag für alle Arbeiter, die in Staats-, County- oder Gemeindefabrikationen beschäftigt sind, gesetzlich. „Gesetzlich“ freilich sind alle diese Beschränkungen der Arbeitszeit; aber innegehalten werden die betreffenden Bestimmungen nirgends. Die Unternehmer übersehen sie völlig willkürlich, indem sie die Arbeiter zur Innehaltung längerer, oft recht erheblich längerer Arbeitszeit zwingen. Und die Behörden thun nichts, dieser Willkür zu steuern. Ja mehr noch: in den meisten Fällen sind diese Gesetze durch gerichtliche Urtheile entweder für „verfassungswidrig“ erklärt, oder seltener verurtheilt worden. Danach sind die in europäischen Ländern häufigen Hinweise darauf, daß in den Vereinigten Staaten die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit „so weit vorgeschritten“ sei, richtig zu stellen. Man kann im Auslande freilich nicht wissen, daß all diese Gesetze nicht das Papier werth sind, auf das sie geschrieben sind. Den amerikanischen Arbeitern ist dieser Humburg nichts Neues. Sie wissen, daß derartige Gesetze der Köder sind, mit dem die Politiker zu Wohlthun die Arbeiterstimmen zu langem suchen. Sie wissen, daß all diese Gesetze ignortirt werden, daß sich bei Abschluß der Arbeitsverträge kein Mensch um sie kümmert, daß diese Gesetze einfach Sand in die Augen der Arbeiter bedeuten. Das Wunderbare bei der Sache ist nur, daß trotzdem die amerikanischen Arbeiterschaft gar nicht müde wird, sich in dieser Beziehung betragen zu lassen und daß sie immer wieder das alte Spiel mit sich vornehmen läßt, anstatt energisch die Durchführung der Gesetze zu erzwängen, die angeblich zu ihrem Besten erlassen wurden.

Parteinachrichten.

Am 6. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlfreie Otensen-Binneberg betrug nach dem letzten Bericht die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Vereine 2711 (im Vorjahr 2870), wovon auf Otensen 1596 (1765), Langensfeld 250 (200), Lohstedt 224 (260), Elmhorn 210 (208), Rendsleben 170 (160), Barmstedt 105 (99), Glashof 70 (104) kommen. Die Parteipresse ist wie folgt verbreitet: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung 918 Exemplare (1896: 741), Nordmacht 177 (230), Damburger Echo 1628 (1737), Wahrer Jakob 2694 (3004), Süddeutscher Postillon 310 (280).

Ein neues Parteiprogramm ist in Triest, wo bekanntlich in der letzten Zeit eine tiefergehende Streibewegung sich bemerkbar gemacht hat, herausgegeben worden. Es ist in italienischer Sprache geschrieben und führt den Namen „Avanti!“ (Vorwärts); die erste Nummer erschien am 8. August und wurde sofort konfiskirt. Eine zweite Auflage, in Höhe von 6000 Exemplaren, wurde schnell abgesetzt.

Soziales.

Unfallverlehte, die in der Verweisung Selbstmord begehen, sind nichts seltenes. Ebenso oft wird natürlich von ihren Hinterbliebenen eine Unfallrente mit der Begründung beantragt, daß der Selbstmord mit dem Unfälle ursächlich zusammenhänge. Das Reichsversicherungsamt geht bei der Beurtheilung solcher Fälle von dem Standpunkt aus, ein Anspruch liege dann nicht vor, wenn der Selbstmord mit Absicht ausgeführt wurde. Wird dagegen überzeugend dargelegt, daß der Selbstmord in einem Anfälle von geistiger Umnachtung erfolgte, dann billigt das Gericht den Klägern die Rente zu. Natürlich nur, wenn der irtre Zustand durch die Folgen des Betriebsunfalles hervorgerufen ist. Charakteristisch für die Praxis des Rektorsgerichts ist das Urtheil, durch das die Hinterbliebenen des Maurers Rappel abgelehnt wurden. Sie hatten geltend gemacht, R. sei im Wahnsinn in's Wasser gegangen. Die Verabstung seiner Unfallrente und die Unfähigkeit, bei seinem körperlichen Befinden, die Folge eines Unfalles, allen Anforderungen zu genügen, hätten ihn zur Verweisung gebracht. Schiedsgericht und Reichsversicherungsamt schlossen sich jedoch der Bauergewerkschaft an und verlagten der Klägerin und ihren Kindern die Rente. R. hatte in einem hinterlassenen Briefe als einen der Gründe seines Handelns die traurigen Familienverhältnisse angegeben, in denen er gelebt hatte. Außerdem hatte er den Verlust seiner Baarschaft von 17 Mark darin betragt. Das Reichsversicherungsamt führte aus, Rappel's Familienverhältnisse, den Verlust des Geldes und die Beschränkung seiner Erwerbsfähigkeit hätten gemeinsam dazu beigetragen, den Gedanken an den Selbstmord zu reifen. Nach allem, was man von R. wisse, sei aber klar, daß man es nicht mit einer That des Wahnsinns zu thun habe, sondern mit einer Willensäußerung, die wesentlich mit bebingt sei durch einen Mangel gewisser moralischer Qualitäten, welche dem Gebiete der Charaktereigenschaften angehören. Kläger sei ein charakterstarker Mensch gewesen und habe nur deshalb dem gleichzeitigen Einwirken verschiedener Umstände nicht Stand gehalten. Die Berufungsgenossenschaft sollte daher nicht verpflichtet werden, den Klägern eine Hinterbliebenenrente zu gewähren.

Unfallgelehrer und Unternehmerrückstuf. In Breitenstein bei Wien stürzte am 12. Juli auf dem Bau der Stadtbahn ein Gerüst ein, wodurch drei Arbeiter Knochenbrüche erlitten. Die

Erbauer des Gerüstes, Zimmermeister Franz Dejar und dessen Kolier, Franz Arner, wurden der groben Fahrlässigkeit und der Gefährdung der Sicherheit des Lebens angeklagt, vom Gericht aber freigesprochen, da der Einsturz des Gerüstes durch einen Wollenbruch verurteilt worden sei. In der Gerichtsverhandlung hatte der vorgelegte Sachverhalt, ein Herr Kopf, angegeben, das Gerüst sei ebenso sicher, wie andere Gerüste dieser Art; absolut sicher könne ein Gerüst nicht sein, da ein solches sicher dreimal so viel koste. Der Richter sagte darauf: Sie sagen also offen, daß mit Rücksicht auf die Kosten das Leben der Arbeiter riskirt werden darf? Der Sachverständige erwiderte: Ja! Dieses Ja, des Sachverständigen kennzeichnet die Grundtatsache, nach welchen beutzutage in vielen Fällen im Baugewerbe gewirtschaftet wird, und nicht nur in diesem, sondern auch in vielen anderen Gewerben.

Aus Stadt und Land.

Dant, 16. August.

Je größer der Geldsack, desto brutaer seine Hüter. Kur ein Wort sprechen mit aus: Delmenhorst und der Beter weiß, wohin wir zielen. Hunderte braver Arbeiter, die ihr Jahre lang Dandenbe erdulden hatten, hat die Direktion der Volkswirtschaft kurzer Hand entlassen. Der Gehalt der Verunglückten vorzuziehen. Das genügt aber noch nicht! Sie hat den Bewohnern der Fabrikhäuser, die Wohnungen gekündigt, was in dem überfüllten Delmenhorst sicher eine große Wohnungsnot zur Folge haben wird, und sie hindert ferner die noch dort Wohnenden in der Freiheit ihrer Bewegung, indem sie das ganze Fabrikareal einfriedigen und an den Zugängen Thore errichten ließ, die geschlossen sind. Die so gemißhandelten gefangen gehaltenen Bewohner der Fabrikhäuser, etwa 260 Familien, sind vielleicht bei einem Wege nach außen gezwungen, entweder einen weiten Umweg zu machen oder, falls alle Thore verschlossen sind, sich den Schließel zu holen, oder sich das Thor aufzuschließen zu lassen. In diesem Kalamität müssen natürlich die Personen kommen, die in den Fabrikhäusern zu thun haben. Nachts, wenn ein Notfall die Hülle eines Arztes u. c. erheischen sollte, kann die auffallende Maßregel, die eine Verögerung mit sich bringen muß, für die Bewohner der Fabrikhäuser von weittragenden Folgen sein. Selbst den jähren Delmenhorster Blättern ist diese Maßregel bedenklich. So schreiben die „D. Nachr.“: „Im Publikum hört man darüber mannigfaltig Urtheile, wie überhaupt die Verhängung dieser Maßregel bejammert wird. Als der Stadtrat sich mit der Frage einer Begewerlung zu befassen hat, hat die Direktion erklärt, den Privatweg dem ungehinderten Fußgängerrecht freizugeben zu wollen. Ob die jetzt vorliegenden außer-gewöhnlichen Umstände eine solche Ausnahme rechtfertigen und erlauben, ist die Frage. Wie sind gekannt, ob auch mit dem am Montag stattfindenden Wiederbeginn der Schule die Schul-kinder gezwungen werden sollen, einen großen Umweg zu machen.“ — Einem Kommentator unferzeitlich bedarf diese neue Ausweitung der Bremer Geldsack noch nicht. Verwunderlich ist nur, daß die Delmenhorster Behörde die offenbar ungesetzlich Schließung der Zugänge zu den Arbeiterwohnungen duldet. Das die hohe oldenburgische Staatsregierung, die ja nach den Nachr. f. St. u. L. den Verlauf des bedeutungsvollen Delmenhorster Lohnkampfes mit regem Interesse verfolgt, immer noch keinen Anlaß zum Einschreiten gegen die Bremer Rönige von Geldsack Gnaden gefunden?

Anmeldungen zu dem im nächsten Winter stattfindenden Kurjus im Bekannnen-Institut zu Oldenburg haben bis zum 1. September beim dortigen Amte, resp. Magistrat zu erfolgen. Als Schölerinnen werden nur solche Personen des Perogothums zugelassen, die unter 30 Jahre alt und geistig genügend veranlagt sind. Vor der Aufnahme ist eine Vergütung von 300 Mk. an die Landestafte zu zahlen.

Jur Agitation unter den polnischen Arbeitern. Die polnische Agitationskommission richtet an die Genossen und Vertrauensleute des nordwestlichen Deutschlands folgenden Aufruf: Genossen! Die Rie müßt, meine polnische Arbeiter und Arbeiterinnen ausschließlich mit und nach dem Norden Deutschlands sehen, um hier als Subtraktoren gegen ihre deutschen Arbeitbrüder benutzt zu werden. Es ist nun ungenügend schwer, den polnischen Arbeitern dasymachen, wenn sie hier mitgebracht werden, und eben so ist es nicht leicht, ihnen durch öffentliche Agitation in Polen oder Oberschlesien die so dringend nöthige Klarheit über ihre Verhältnisse beizubringen, da Bedenken, Wessen und Unternehmender Hand in Hand gehen, um solche Agitationen zu unterbrechen. Treue denken wir, lassen sich doch Ereignisse ereignen, wenn man die Jahr aus Jahr ein herbeikomenden polnischen Arbeiter auszuhalten laßt, die dann schen, nach Hause zurückzukehren, unteren Jauch aus den schmiedlichen verurtheilten Vereinigen Ausbreitung verschaffen werden. Von diesem Gedanken ausgehend, hat sich in Polen eine Kommission gebildet, welche die Agitation unter den polnischen Arbeitern in Nordwestdeutschland fördert und mündlich betreiben will. Diese Kommission erlitt hierdurch die deutschen Genossen, ihr dadurch gültig wurde zu helfen, das sie es sich angelegen sein lassen, Agitations-schriften in polnischer Sprache da zu verbreiten, wo es möglich erscheint. Solche Schriften sind durch die Kommission unentgeltlich zu haben. Anfragen möge man richten an E. Zginski, Damburg, Strandamt 12.

Das Recht der Post. Ein merkwürdiges Urtheil, das vielleicht ein „bedenkliches Schließen des Kopfes“ erregen dürfte, wurde kürzlich in

Immobil-Verkauf.

Haus

Das dem Herrn Anton Heinen gehörige
am Banter Hafen ist bislang nicht verkauft.
Es wird ein erneuter Verkauf nicht beabsichtigt und bitte ich Interessanten sich zum Unterhandeln im Laufe dieses Monats bei mir einzufinden zu wollen.
Ich bin ermächtigt, den Zuschlag auf ein nur irgend annehmbares Gebot zu erteilen.

Bant, am Markt.
Mandatar Schwitters.

Zu vermieten

zum 1. September die beiden Oberwohnungen in dem Heinen'schen Hause am Hafenplatz zu Bant an ruhige Bewohner.

Mandatar Schwitters, Bant.
NB. Auch soll der auf dem Hofplatze stehende sehr geräumige Lagerkuppen vermietet werden und zwar auf sofort.

Zu vermieten

ein gut möbliertes Wohn- und Schlafzimmer für 1 oder 2 anständ. Personen.
Grenzstraße 19, oben links.

Zu vermieten

zum 1. Oktober eine dreizimmerige Wohnung mit abgeschlossnem Korridor.
H. Hühemann, Wüh. Str. 5c.

Zu vermieten

auf sofort ein möbliertes Zimmer f. einen Herrn, beagl. eins für zwei Herren.
Gökerstraße 12 a.

Zu vermieten

z. 1. Sept. oder 1. Okt. eine dreizimmerige Oberwohnung mit Stall und Garten für 120 Mk.
Wohle, Neuberger Kirchstraße.

Zu vermieten

auf gleich oder später eine dreizimmerige Oberwohnung.
F. Tiaris, Bant, Adolfsstr.

Zu vermieten

eine dreizimmerige Oberwohnung Umstände halber sofort oder zum 1. Sept.
L. Ennen, Neue Wilhelmsh. Str. 13.

Zu vermieten

zum 1. November ein Laden mit Wohnung und Werkstatt, sowie mehrere drei- und vierzimmerige Wohnungen.
Wüh. Solle, Neue Wilhelmsh. Straße 65.

Gutes Logis f. einen jg. Mann
Ref. Gökerstr. 11. 2 Tr.
Zusätzlich gutes bürgerl. Mittagstisch zu billigen Preisen.

Gutes Logis für 1 jg. Mann
Lornsdick, Karlstraße 6.

Freundl. Logis
für zwei junge Leute.
Neue Wilhelmsh. Straße 24, unten.

Zu kaufen gesucht
ein gebr. Schaufenster
(ca. 2,30 Meter hoch und 2,40 Meter breit). Näheres bei
J. Wehen, Erdan.

Bilder
werden sauber eingerahmt.
Größte Auswahl in
Bilder-Rahmen u. Leisten.
Preise billig.
H. Hollander.

Buchhandlung des Nordd. Volksblattes

Neue Wilhelmsh. Strasse 38.

Wir empfehlen uns Privaten sowie Vereinen zur Komplettierung ihrer **Bücherbestände** und zur

Einrichtung neuer Bibliotheken.

Sämtliche Werke auf dem Gebiete der **Arbeiterliteratur** sofort nach Erscheinen vorrätig.

Im Verlag der Hamb. Buchdruckerei und Verlags-Anstalt Auer u. Co., Hamburg, erschien und ist durch Unterzeichnete zu beziehen:

Der Neue Welt-Kalender für 1898.

Mit unterhaltendem und belehrendem Inhalt.
Neben ein Kalender, ein farbiges Bild und ein Wand-Kalender.
Preis 40 Pfennig.
Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

Empfehle mein großes Lager in:
Ditsee-Rief-Balken, Nord. Riegeln, Dielen, Bohlen von 13 bis 80 mm stark, in Tannen, Kiefern, Redpine und Birchpine, Hobeldielen 30 und 35 mm stark, Latten: Hamburger, Lüneburger, sowie aus Brettern gefägte, von 35 bis 40 mm Stärke; Leisten 2c. 2c.
Gustav Graepel, Wilhelmshaven, Deichstraße 24.

Schützenhof Dever

(5 Minuten vom Bahnhof).

Schöner Garten mit Parkanlagen, Veranda, Regelfahnen, Tanzsalon.
Feine Restauration. Ausgezeichnete Weine und Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
Angenehmer Aufenthaltort für Vereine und Ausflügler!

Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum halte mich angelegentlich empfohlen. Bedienung aufmerksam und freundlich. Beste Preise. Hochachtungsvoll
Fr. Küpker.

Atelier für künstliche Zähne

von **P. Karow**, Gökerstr. 8, 1 Et. 1, Ecke Bismarckstr.
Anfertigung einzelner Zähne sowie ganzer Gebisse. Füllen in Gold, Silber, Emaille. — Schmerzloses Zahnziehen. — Reparaturen billigst.
Sprechstunden auch an Sonn- und Feiertagen.

Schöne, frisch geräucherte
Stieler Male
angekommen und empfehle solche billigst.
Fr. Maes, Seppens.

Himbeersaft
1/2 Weinflasche Mk. 1,25,
1/2 Weinflasche 65 Pf.
Arthur Witte,
Flora-Drogerie, Gökerstr. 8a.

Gelegenheitskauf!

Bettfedern
schöne füllkräftige Waare
Pfd. Mk. 1,25,
abgepaßte Gardinen
Fenster Mk. 1,25,
ungebl. Kessel
gute Bleichwaare
Meter 18 Pf. 2c
empfehlen
Herm. Högemann,
A. G. Diekmann Nachf.

Georg Frederichs

Uhrmacher, Marktstr. 12.
Beste und billigste **Reparaturwerkstatt** für Uhren, Goldschmuck und Musikinstrumente.
Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle für
Farben, Bronzen, Lacke, Firnisse, Serpentinöl,
Leime, Zinsel, Seifen etc.
bei
R. Keil, Drogerie, z. roth. Kreuz.

Alleinverkauf für Wilhelmshaven von

Sirius-Glühkörpern
(abgebrannt veranfaßig) und
Sirius-Brennern
(auch mit Kleinleistung).
J. Egberts,
Bismarckstraße 52.

Sohlen

aus haltbarsten deutschen und amerikanischen Fabrikaten, sowie brauchbares
Abfalleder
empfehlen zu bekannt billigen Preisen die Leberhandlung von
C. Ocker, Knorrstr. 6,
am neuen Marktplatz.

Lager complet fert. Särge

Th. Popken,
Bismarckstraße 34a.
Als Plätterin
empfehlen sich in und außer dem Hause.
Frau Müller,
Alte Wilhelmsh. Straße 11.

Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Bant
Mittwoch den 18. August
Abends 8 1/2 Uhr

Versammlung
bei Heilmann (Stiche).
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht.
3. Bericht vom Kartell.
4. Fragekasten.
Die Ortsverwaltung.

Frw. Feuerwehr Wilhelmshaven.
Mittwoch den 18. August
Abends 8 Uhr

Übung d. Schlauchabtheilung.
Der Zugführer.

Hotel zum Banter Schlüssel.

Jeden Abend
in meinem neuen, elegant angelegten Wintergarten:
Großes Frei-Konzert
wozu freundlichst einladet
D. H. Janssen.

Papierwäpche

empfehlen
G. Buddenberg,
Neue Wilhelmsh. Straße 3.

Neue Wochenschrift!

In freien Stunden

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.
Preis pro Heft nur 10 Pf.
Zur Zeit erscheint der spannend geschriebene und kunstvoll und reich illustrierte Roman: **Der Kampf um die Scholle** von Elise Orstedt.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ ist soeben in 2. Aufl. erschienen:

Handbuch

für
Vereins- u. Versammlungsleiter.
Zugleich ein Wegweiser für Reichstagswahlen.
Mit einem Vorwort, ausführlichem Sachregister und einem Anhang, enthaltend die für die Agitation hauptsächlich in Frage kommenden Strafgesetz-Paragrafen. Preis 30 Pf. (Porto 3 Pf.)
Wir empfehlen den Genossen die Anschaffung des Schriftchens auf's wärmste.
Buchhandlung des „Nordd. Volksbl.“
Neue Wilhelmshavener Straße 38.

Todes-Anzeige.

Gestern Mittag 1 Uhr starb unser lieber kleiner Sohn und Bruder

Hermann
im achten Alter von 9 Monaten, was wir allen Freunden und Bekannten tiefbetruert zur Anzeige bringen.

Bant, den 16. August 1897.
Ferdinand Nürnberg
nebst Frau und Sohn.

Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 3 Uhr vom Sterbehause, Kollstr. 7, aus statt.

Prüfen Sie

wenn Sie ein Bett kaufen wollen, die verschiedensten Geschäfte, welches von denselben Ihnen für Ihr Geld das Beste liefert. Sie können keinen Artikel so schwer beurtheilen, als Bettfedern und Matratzen, und werden Sie nur dann ein gutes Bett erhalten, wenn Sie sich an ein durchaus reelles Geschäft wenden. In unserer Betten-Anstalt geben wir Ihnen Gelegenheit, ein Bett leicht beurtheilen zu können, und daß wir Ihnen in Folge unseres großen Umfanges für wenig Geld etwas Gutes liefern, dafür sind wir allgemein bekannt.

Wulf & Francksen.